

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 10,50 RM., monatlich 3,50 RM. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 3,50 RM., ggf. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,75 RM., für das übrige Ausland 10,75 RM., bei täglich einmaliger Zustellung 8,75 RM. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Ungarn, Schweden u. die Schweiz, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags stumm.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile kostet 1,50 RM. Anzeigenpreis: „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 15 Pfg. (zählend zwei festgedruckte Buchst.) jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tagesanzeiger 30 Pfg., Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,00 RM. bis 10 Zeilen. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 28. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Kleinbürgertum und Sozialdemokratie.

Unter den Kleinbürgerlichen Schichten in den kleinen Provinzstädten und auf dem platten Lande sind Tausende vor dem 9. November 1918 aus Gründen, die sich aus dem System des Vornovember ohne weiteres erklären, heimlich Sozialdemokraten geworden. Von diesen sind nach der Revolution viele mit fliegenden Fahnen ins Lager der Sozialdemokratie übergegangen, weil ihnen nach der über vier Jahre währenden Nacht des Fluches endlich die Morgenröte einer neuen, verheißungsvollen Zukunft leuchtete. Es ließe aber „Vogel-Stranz-Politik“ treiben, wollte man sich der Wahrnehmung verschließen, daß noch Tausende und aber Tausende dieser Bevölkerungsschichten, die gemessen an ihren wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, unter denen sie dem „alten System“ eingegliedert waren, zu uns gehören müßten, noch entweder politisch gleichgültig sind oder sogar der Reaktion zuneigen.

Die Ursachen dieser fraglos bedauerlichen Erscheinung erkennen, heißt zugleich die Waffen für ihre wirksame Bekämpfung in der Hand haben. Es ist bezeichnend, daß in den kaum von einem störenden Revolutionshauch getrübbten friedlichen Gegenden mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung ohne industriellen Einschlag die Sozialdemokratie noch nicht „gesellschaftsfähig“ ist. So besteht die eigenartige Tatsache, daß wohl ein Sozialdemokrat das höchste Ehrenamt, das das deutsche Volk zu vergeben hat, bekleidet, daß aber ein Angehöriger der sogenannten „bürgerlichen“ Schichten in diesen Gegenden es nicht wagen darf, sich offen zur Sozialdemokratie zu bekennen, ohne „gesellschaftlich“ und was schlimmer ist, wirtschaftlich konfiskiert zu werden. Die Folge dieser betrübenden Tatsache ist, daß tausende Volksgenossen entweder politisch indifferent bleiben oder den reaktionären Parteien in die weit geöffneten Arme laufen.

Nun könnte man ja meinen, daß Elemente, die ihr bürgerliches Wohlbefinden nicht ihrer inneren Wertbeurteilung opfern können, an und für sich keine allzu wertvollen Mitstreiter für den Sozialismus werden können; so daß es der Mühe nicht wert sei, um sie zu kämpfen. Dieser Einwand erweist sich jedoch als irrig; denn wer aus eigener, langjähriger Erfahrung die Umwelt, in der diese Massen groß geworden sind, kennt, weiß, daß hier ein ganz anderer Nostalg an die Beurteilung aller für diese Erscheinung in Frage kommenden Verhältnisse gelegt werden muß, als etwa in Gegenden mit vorwiegend Industriebevölkerung. Hier wird durch die fortgesetzte Fluktuation der Massen, durch die rasche Aufeinanderfolge aller möglichen Eindrücke, durch die in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründete Widerspiegelung der Tagesereignisse in der Seele des einzelnen und durch hundert andere Gründe, die in der Natur der Dinge liegen, ein viel günstiger Nährboden geschaffen für alle Ideen, die der Sozialismus verkörpert, als in jenen Gegenden, wo altererbte Vorurteile, jähres Festhalten an der Tradition, kleinstädtischer Kaufgeist u. dgl. durch ihre Hemmungen eine viel langsamere Entwicklung aller fortschrittlichen Ideen bedingen.

Auf diesen Erfahrungssatz baut nun natürlich die Reaktion Häuser; doch unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß sie nach dem furchtbaren Zusammenbruch im November 1918 das Terrain fast restlos hätte räumen müssen, wenn ihr nicht die Linksradikalen auf ihre Agitationsmühle so eifrig Wasser getrieben hätten. Es ist zu bedenken, daß die in Frage kommenden, politischen unangeführten Bevölkerungsschichten — abseits von dem brodelnden Herd des politischen Kampfbetriebes — eine ganz andere Distanz zu den sich gegenwärtig überstürzenden Tagesereignissen einnehmen, als jemand, der mitten im Streite steht und dessen Urteil durch die stete Wachsamkeit und den fortwährenden politischen Kampf geschärft ist. Daher erklärt es sich, daß viele von ihnen alles, was S. P. D., U. S. P. oder R. P. D. heißt, in einen Topf werfen; da ihnen die scharfen Unterschiede in der praktischen Auswertung des Begriffes „Sozialismus“, die diese Parteien untereinander doch nun einmal aufweisen — mangels geschärfter Urteilskraft und Beobachtungsmöglichkeit — nicht gegenständlich sind. All die unglücklichen Streiks, Sabotageversuche, putschistischen Seitenstriege, die Etoblierung von Nebenregierungen, das alles wird dem Begriff „Sozialdemokratie“, als deren hervorragendster Exponent natürlich die S. P. D. erscheint, als Begehung- oder Unterlassungssünde in die Schande geschoben!

Die organisierten Mitglieder der S. P. D. an diesen Orten sind naturgemäß politisch weit noch recht „jung“; daher mangeln ihnen häufig die erforderliche Taktik und die beweiskräftigen, schlagenden Argumente, um in fruchtbringender Weise aufklärend zu wirken. Dazu kommt, daß infolge der bereits erörterten Verhältnisse in diesem kleinstädtischen oder ländlichen Milieu die Kluft zwischen dem

Die Schande Frankreichs.

Das läbliche Spiel mit unseren Gefangenen in Frankreich wird weiter getrieben. Die französische Regierung weiß offenbar nicht mehr, was sie tut. Mal Hüh, mal Hohl! Kein Mensch weiß, was mit der treulosen Folge von Versprechungen und Leugnungen bezweckt wird. Die neueste Note der Entente ist wieder ein Beispiel für die ganz unmögliche Haltung der französischen Regierung. Diese Note stammt vom 22. November und weist u. a. den von Herrn v. Lersner gegen die französische Regierung erhobenen Vorwurf zurück, daß sie in der Kriegsgefangenenfrage ihre Versprechen nicht gehalten habe:

„Die Wahrheit ist ganz anders: Am 28. August hat der Oberste Rat den Entwurf einer Erklärung über die Kriegsgefangenen gutgeheißen, wonach der Zeitpunkt der Ratifikation des Friedensvertrages, soweit die Heimkehr der Kriegsgefangenen in Betracht kommt, vordatiert werden und die Heimkehr sofort beginnen sollte. Dieser Beschluß ist sofort ausgearbeitet worden und die Heimkehr der Kriegsgefangenen hat begonnen. Demgemäß sind die von der britischen, amerikanischen und belgischen Armee gemachten Gefangenen in voller Übereinstimmung mit der französischen Regierung nach Deutschland zurückgeführt worden. Aber die Entscheidung besagte weiter, daß die Fortsetzung dieser wohlwollenden Politik davon abhängen solle, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen. Die Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen zeigt einmal, mit welcher Geduld die Alliierten gewartet haben, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, und stellt ferner fest, daß diese Verpflichtungen von ihm in einer gewissen Anzahl sehr wichtiger Punkte gröblich verletzt worden sind.“

Die Folge hiervon konnte nur der Beschluß sein, sich streng an die Bestimmungen des Friedensvertrages zu halten, der die Heimkehr der Kriegsgefangenen mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages verknüpft. Die deutsche Regierung hat es in der Hand, daß binnen einer Frist von acht Tagen die endgültige Ratifikation unterzeichnet wird und die Gefangenen in ihre Heimat zurückkehren. Es ist dazu nur erforderlich, daß sich die Vertreter der Verbündeten und Deutschlands über die Art und Weise der praktischen Durchführung der die Gebiete im Osten betreffenden Bestimmungen verständigen, und daß das der Mitteilung vom 1. November beigefügte Protokoll, das die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes sowie die Strafen für dessen Verletzung festsetzt, ohne neue Einwendungen unterzeichnet wird.“

In dieser Note wird von maßgebender Stelle bemerkt: Das vorliegende Schreiben hat sich mit der Antwort auf die Kriegsgefangenen-Note gekreuzt. Es zeigt, daß der französischen Regierung im färrischen Geisteslag zu den Behauptungen in der Kriegsgefangenen-Note der Entente nun doch eingestanden ist, daß sie am 28. August Versprechungen über die Heimkehr der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation gemacht hat. Wenn sie nun die Zurückziehung dieses

Versprechens, die sie niemals stillschweigend vornehmen, sondern wenigstens der deutschen Regierung mitteilen mußte, mit der Nichterhaltung deutscher Verpflichtungen erklären will, so fragt es sich, um welche nicht eingehaltenen Bedingungen es sich hier handeln kann. Dabei muß alles ausgeschrieben, was vor dem 18. September liegt, denn an diesem Tage ist dem deutschen Vertreter in Paris noch mitgeteilt worden, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen. Damit fällt vor allem die angebliche Schuld in der Scapa-Flow-Sache weg, ebenso wie die hollische Frage ausbleiben muß, da der Bericht der unter Führung des Generals Nissel stehenden Kommission noch nicht vorliegt. Es bleiben also die spärlichen, bei dem beispiellosen Umfang der laut Waffenstillstand zu erfüllenden Leistungen kaum ins Gewicht fallenden Rückstände, die wahrlich nicht als Vorwand für den Widerruf einer von Frankreich gegen erhebliche deutsche Leistungen vertraglich übernommenen Verpflichtung dienen können.

Nun wird in der neuen Note die Freilassung der Gefangenen innerhalb von acht Tagen in Aussicht gestellt, wenn Deutschland ohne neue Einwendungen unterzeichnet. Die Kriegsgefangenen sollen also nochmals verkauft werden, und zwar für die Auslieferung der Bagger, Docks und Krone, ohne die es ein deutsches Wirtschaftsleben kaum geben kann. Aber mehr noch. Um sie zurückzubekommen, soll eine Bestimmung anerkannt werden, wodurch die Entente das Recht hat, auch fernerhin alle militärischen und andere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachtet. Die deutsche Regierung wird nach all den Erfahrungen in der Kriegsgefangenenfrage, und nach den zweimal nicht eingehaltenen verbindenden Versprechungen das dritte Mal sich nicht auf solch einen unsicheren Rechtsboden begeben, um so weniger, als gerade die Nachricht aus Paris kommt, Herr Clemenceau habe in einer Ansprache erklärt, daß die deutschen Kriegsgefangenen erst herausgegeben werden sollen, wenn 900000 deutsche Arbeiter unter genau den gleichen Bedingungen im Wiederaufbau-Gebiet eingesetzt seien.

Die Südslawen wollen nicht!

Am Mittwoch nachmittag sollte in Versailles die südslawische Friedensdelegation die Konventionen betr. die Winderheiten, betreffend die Italien schuldigen Aufgaben und betreffend die Ausgaben für die Befreiung der ehemals österreichisch-ungarischen Gebiete unterzeichnen. Man wartete aber am Quai d'Orsay vergebens, die Vertreter kamen nicht. Sie stehen mitteilen, daß ihre Instruktionen nicht genügend seien, ohne diese können die Südslawen auch nicht den bulgarischen Friedensvertrag unterzeichnen, ebenso wie die Rumänen.

Kleinbürger und kleinen Beamten einerseits und dem „Arbeiter“ andererseits ungleich größer ist, als in dichtbevölkerten Industriebezirken. Sie können zueinander nicht kommen, wie die Goethe'schen KönigsKinder, das Wasser ist viel zu tief —

Diese Volksgenossen, die „wirtschaftlich“ bisher ja schon immer Proletarier waren, fühlen sich eben in ihrer großen Heberzahl „politisch“ noch nicht als solche. Sie werden am liebsten der vorerwähnten, zwar zum Teil aus den Zeitereignissen heraus begrifflichen, aber in ihrer Wirkung so unheilvollen Vorkommnisse an ihrer schwankenden Reigung, die sie zur Sozialdemokratie zieht, irre. Sie sind eben ein Produkt ihrer Umgebung, und die maßvolle, demokratische Wirksamkeit der S. P. D., die gerade diese Schichten seit dem 9. November politisch ans Licht gehoben hat und ständig auf die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, soweit es der trostlose Trümmerrahmen, den unser Wirtschaftsleben nach dem beispiellosen Zusammenbruch darstellt, nur irgend zuläßt, bedacht ist, vermag ihnen die unheilvolle Diskreditierung des „Sozialismus“ durch die verbrecherische Taktik einer Minderheit, die ständig die Hand an der Gurgel unseres so kranken Wirtschaftskörpers hat, nicht auszugleichen. Die Stabilisierung der Verhältnisse geht ihnen zu langsam, die tiefere politische Einsicht fehlt — und sie resignieren.

Sie und da schleicht sich wohl auch der Gedanke ins Hirn — von geschäftigen Demagogen genährt —: wie ordnungsmäßig, glatt und reibungslos sich unter dem „ancien regime“ das Leben abgespielt hat. Daß eben dieses gestürzte System einem glänzenden, rotbadigen Apfel gleich, der innen vom Wurm zerfressen war, das wird ihnen wohlweislich verschwiegen! Ach, wie wenig eignet sich der Deutsche zum Revolutionär! Ihr Toren aus dem linksradikalen Lager, die ihr glaubt, mit einer zum Teil künstlich erhitzen Minderheit, die

in Kriegs-, Sinner- oder Revolutionspsychose befangen ist, das deutsche Wirtschafts- und Volksleben durch einer allein-seligmachendes „Märtyrertum“ aus den Angeln heben zu können! Kömmt ihr doch über euren engen Horizont hinausblicken, ihr würdet sehen, daß hinterm Berge — draußen im Reiche — auch noch Leute wohnen, und zwar einige Millionen Proletarier, die in demselben Maße dem Sozialismus entfremdet werden, in dem ihr eure fanatische Taktik der Zerfleischung des Proletariats betreibt!

Ein versöhnliches Moment ist ja immerhin bei den in den vorstehenden Ausführungen geschilderten Verhältnissen der Umstand, daß gerade ungeachtet der maßlosen, unzulässigen Angriffe von rechts und links den weiten Kreisen, um die es sich hier handelt, doch allmählich ein helles Licht über die tatsächlichen Verhältnisse aufgeht; zumal die Ereignisse rechts und links von uns nachgerade eine sehr beredte Sprache führen.

Auch diese tausende Volksgenossen werden durch den großen Lebruchster, die Zeitgeschickte, schrittweise dahin geführt, daß sie erkennen, auf welchem Boden die Gewähr für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftskörpers und die Gesundung unseres Volkslebens gegeben ist.

Und sie werden — einmal gewonnen — dank ihres stabilen Charakters, der sie zähe festhalten läßt an dem, was sie einmal für richtig erkannt haben, nicht die schlechtesten Mitstreiter sein für die Idee des Sozialismus auf der Grundlage der Demokratie.

Und aber ist es — unbeirrt durch das Gefläß von rechts und links — den beschrittenen Weg weiter zu gehen, der allein uns aus dem grauen Elend dieser Tage in ein besseres, menschenwürdiges Dasein führen kann.

Das ist nach Lage der Dinge die beste Propaganda der Tat! Hans Wagnard.

## „Gefühlvolle Alldeutsche“.

Zu dem unter dieser Spitzmarke erschienenen Bericht in Nr. 801 unseres Blattes, der sich mit den streiklustigen Schülern der „höheren“ Schulen beschäftigte, teilt ein Charlottenburger Schüler mit:

„Ihr Vorschlag, man solle an Stelle der streikenden deutsch-nationalen Schüler lernbegierige Arbeiterkinder setzen, denen es bisher an Geld für den teuren Unterricht gefehlt habe, erweckt den Eindruck, als sei es nur das Unterrichtsgebot, das Arbeiterkinder den Besuch höherer Schulen unmöglich macht. Das ist aber allein durchaus nicht der Fall. Ich habe z. B. bis jetzt immer Freischule gehabt und kann trotzdem die Schule nicht weiter besuchen, nicht weil meine Eltern das Unterrichts-geld nicht erwidern können, sondern weil ich jetzt selbst meinen Unterhalt verdienen muß. So könnte ich noch viele Beispiele aus meinem Bekanntenkreise anführen. Also mit der Schulgeldfreiheit allein ist bei zukünftigen Schul-reformen nicht geholfen, sondern der Staat muß begabten und bestreuten Schülern in erster Linie eine Erziehungs-beihilfe gewähren. Darauf kommt es an.“

Wir können diesen Ausführungen nur vollinhaltlich beipflichten. Wenn wir die Notwendigkeit einer staatlichen Erziehungs-beihilfe nicht schon in unserem ersten Bericht erwähnten, so geschah dies lediglich deshalb, weil es zunächst einmal galt, das Hauptfordernis, nämlich die radikalste Beseitigung des deutsch-nationalen Streikunfugs, zu brandmarken.

## Aufstehen!

Die Universität Kofsk besteht in diesem Monat ein halbes Jahrtausend lang. Aus diesem Anlaß wird dort gefeiert. Dazu gehört ein akademischer Festakt. An ihm nehmen außer den deutschen auch viele Vertreter nordischer und holländischer Universitäten teil.

Bei diesem Festakt ereignete sich nun eine kleine, aber beachtenswerte Szene. In einem Bericht der „Voss. Ztg.“ heißt es nämlich:

Rektor Gerbig hielt die Festrede über die Geschichte der Universität. Beim Gedanken des letzten Großherzogs erfolgte eine starke monarchistische Kundgebung. Das Haus erhob sich spontan. Den Ministern Sivlovich und Wendorff wurde stürmisch „Aufstehen!“ angerufen.

Für die Regierung sprach Sivlovich, von Scharen mit den Füßen unterbrochen. Der Landtagspräsident Kreeger hielt eine herzlich schärfste und frische Ansprache. Er stellte mit, daß sich zehntausend Mark als Jahresbetrag für neue Lehrstühle angefragt seien. Für die Stadt Kofsk sprach Veder, für die Strelitzer Regierung Minister Sauerwein, der mitteilte, daß eine Stiftung von zehntausend Mark für die Bibliothek der Universität erfolgt sei.

Der Rektor erwiderte den Staatsmännern mit der kraftvollen Forderung akademischer Freiheit, der minutenlanges Weisfall folgte.

Wenn die „kraftvolle Forderung akademischer Freiheit“ erhoben wird, erfolgt minutenlanges Weisfall. Wenn die republikanischen Minister sich weigern, eine monarchistische Demonstration mitzumachen, wird ihre Meinungsfreiheit zu vergewaltigen versucht, indem die akademische Jugend ihnen „Aufstehen!“ entgegenbringt. Die Freiheit für sich selber, den Zwang für die Andersdenkenden.

Und wenn ein republikanischer Minister den jungen und alten Mitgliedern der Universität aus allgemeinen Landesmitteln eine jährliche Gabe von 70 000 M. ankündigt, wird es mit Scharen begrüßt, das heißt mit dem Zeichen des Mißfallens und der Verneinung.

Den Vertretern der ausländischen Universitäten ist in Kofsk schreierischer Mangel erteilt worden, wie sicher die deutsche Republik von den Bürgern der „Republik des Geistes“ behütet wird. Sie würde schnell erledigt werden, wenn nicht an dere und zahlreichere Schichten des Volkes ihre treuen Hüter wären.

## Der „Heilige Geist“ auferstanden.

Unter dieser Überschrift berichteten wir in Nr. 580 vom 27. Oktober über die Mißhandlung eines Torpedobootmannsmannens durch Militärpersonen in Olkowitz, wobei namentlich zwei Offiziere, der Kapitänleutnant v. Oredow und der Kapitänleutnant Wolz, besonders belastet erschienen. Vom Reichswehrministerium wurde damals mitgeteilt, daß unsere Darstellung zwar übertrieben sei, daß aber das Reichswehrministerium jede Mißhandlung mißbillige und eine strenge Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen veranlassen werde.

Nun sind aber nach dem damaligen Vorfalle die beiden Offiziere in ihrer bisherigen Dienststelle verblieben. Kapitänleutnant v. Oredow ist Führer des 1. Bataillons des Marine-Regiments 6, 3. Marinebrigade, Kapitänleutnant Wolz Führer der 1. Nachrichten-Regimentskompanie 1. Bataillon Marine-Regiment 6. Inzwischen liegen neue Beschlüsse über Aufschreitungen des Kapitänleutnants Wolz vor.

Der freiwillige Kurt Seipt wurde am 17. November ohne Abkündigung auf der Stelle entlassen. Seipt hatte seit einer Woche täglich das Klosett zu reinigen und verlangte, daß er nicht dauernd diese Arbeit alleine machen, sondern daß auch andere hierzu herangezogen würden. Nachdem Kapitänleutnant Wolz die Entlassung ausgesprochen hatte, ohne den Soldaten sich verantworten zu lassen, kam er hinzu, wie Seipt sich in Unterhaltung mit einem Kameraden befand. Mit den Worten: „Sie wollen auch noch froh werden!“ schlug Kapitänleutnant Wolz den Soldaten mit der Hand ins Gesicht und versetzte ihm einen Fußtritt. Der Vorfalle wurde von mehreren Jungen beobachtet.

Ferner hat Kapitänleutnant Wolz beim Halten eines Transports auf dem Bahnhof in Döbeln einen Brigadeangehörigen der Fliegerabteilung der 3. Marinebrigade mehrfach ins Gesicht geschlagen, weil dieser sich eigenmächtig Marschverpflegung zu verschaffen suchte.

Dieser prägende Vorgefälle muß sofort aus der Reichswehr entfernt werden. Es ist bedauerlich, daß ihm nach dem ersten von uns gemeldeten Vorfalle noch Gelegenheit zu weiteren Taten gegeben worden ist.

## Das Betriebsrätegesetz.

Die Sozialdemokraten haben beschlossen, in der Freitagsitzung des Ausschusses eine klare Stellungnahme des Zentrums zu verlangen, da sie nicht weiter in der Lage sind, eine Aufschlebung zu verantworten. Das Zentrum hat bisher erklärt, die Verantwortung ohne Mitverantwortung der Demokraten nicht tragen zu können. Die Zentrumsabgeordneten werden sich nun trotzdem schlüssig werden müssen. Der strittige Punkt über die Aufsichtsräte ist bereits entsprechend den Forderungen der Sozialdemokraten erledigt worden. Es handelt sich nurmehr um die Bilanzsicht. Sollte es morgen zu keiner Beschlußfassung oder zu einer Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung in diesem Punkte kommen, können daraus die größten Konsequenzen erwachsen.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz kam auch heute noch zu keiner Entscheidung in der Frage der Beteiligung der Betriebsräte an den Aufsichtsrats-sitzungen und der Vorlage der Bilanz. Die Verhandlungen unter den Reichstagsparteien hierüber wie auch über die Mitwirkung der Betriebsräte bei Einstellungen und Entlassungen sind noch nicht abgeschlossen. In Fortsetzung der Beratung fand eine längere Debatte statt bei Artikel 51, der das Strafverfahren regelt, falls Arbeitgeber und Betriebsräte gegen die Bestimmungen des Gesetzes verstoßen. Die Strafen betragen bei Arbeitgebern bis 2000 M. Geldstrafe oder Haft, bei Arbeitnehmern

bis 1500 M. oder Haft. Unter besonderen Umständen kann auch eine schärfere Strafe verhängt werden. Die Sozialdemokraten hatten folgenden Antrag eingebracht: „Mit Gefängnis werden Arbeitgeber oder ihre Vertreter bestraft, die absichtlich oder grob-fahrlässig dem Betriebsrat oder seinen Vertretern in den Fällen, in denen sie nach diesem Gesetz zur Auskunft verpflichtet sind, falsche Auskunft geben.“ Wegen dieses Antrags wandten sich wegen seiner unübersehbaren Folgen alle übrigen Parteien und die Vertreter des Reichsjustizministeriums. Hieraus wurde der Antrag bis zur zweiten Lesung zurückgezogen. Die Abstimmung über Artikel 51 wurde ausgesetzt, bis die Befugnisse der Betriebsräte endgültig geregelt sind. Artikel 52 (Beschäftigung der Oesterreicher mit den Reichsangehörigen) wurde mit Rücksicht auf den Friedensvertrag gestrichen und hierauf der Rest des Gesetzes mit einigen unbedeutenden Änderungen angenommen.

Der erste Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung (Vorgeschichte des Krieges) trat heute zu einer Sitzung über seinen Arbeitsplan zusammen, der auch der Vorstehende des Gesamtausschusses beauftragt. Man einigte sich auf die Bestimmung des Fragebogens für die Zeit zwischen dem Attentat von Sarajewo und der Kriegserklärung sowie über die Zuziehung einiger weiterer Sachverständiger. Sodann soll der Fragebogen an die Hauptauskunftspersonen zu einer vorläufig schriftlichen Beantwortung verhandelt werden, die in kurzer Frist erfolgen soll. Nach dieser Beantwortung des Fragebogens wird man nächste Woche an den Gesamtausschuss herantreten, um die mündlichen Verhandlungen über jene Zeit Anfang Januar beginnen zu können. Von der Bestellung von Referenten für die öffentlichen Verhandlungen wurde Abstand genommen. Das Anerbieten Dr. Grellings, des Verfassers von „J'accuse“, als Sachverständiger zu fungieren, wurde einstimmig abgelehnt.

Verleihenrenten. Der Ausschuss der Nationalversammlung für Volkswirtschaft beschäftigte sich heute mit der Verordnung über die Gewährung von Zulagen zu Verleihenrenten aus der Unfallversicherung. Der Reichstag hat diesem Entwurf bereits zugestimmt. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter begründete einen Antrag seiner Partei, wonach die Zulagen den vollen Betrag der Rente ausmachen sollen. Hiergegen wandte sich ein demokratischer Abgeordneter, da einige Berufsgenossenschaften schon jetzt ihre Reserven vom Staat in Anspruch nehmen lassen müssen. Ein Regierungsvertreter wies darauf hin, daß eine Schwierigkeit darin liege, daß infolge des Hindenburg-Programms die Löhne abnorm hoch geworden seien. Infolge der schlechten Finanzlage des Reiches könnten die Berufsgenossenschaften nicht darauf rechnen, daß ihnen die Zulagen rückvergütet würden. Die Belastung der Berufsgenossenschaften sei ungemindert drückend. Die Vorlage erfordere eine Restumlage von etwa 5 Millionen Mark. 1918 seien bereits 100 Millionen Mark an Entschädigungen ausgezahlt worden. Im Hinblick auf die bevorstehende Arbeitslosenversicherung und die bereits bestehende Last der Reichsversicherungsdarlehne könne er nur empfehlen, nicht über die Regierungsvorlage hinauszugehen. Dem vorliegenden Entwurf hätten auch die Berufsgenossenschaften zugestimmt. Ein weiterer demokratischer Abgeordneter gab zwar zu, daß die Berufsgenossenschaften sich in finanzieller Not befänden, die Not der Rentenberechtigten sei aber größer. Man dürfe die Leute nicht dem Hungertode überlassen. Die Unternehmer sollten für ihre Arbeiten eben mehr verlangen, um die erhöhten Kosten tragen zu können.

## Sperrung der Schweizer Grenze.

Drahtbericht unseres Basler Korrespondenten.) Die Verschleuderung deutscher Waren ins Ausland, die sowohl das deutsche Volkvermögen schädigt als die ehrliebe Konkurrenz im Einfuhrlande läßt, hat an der Schweizer Grenze von Basel die Konfiszur zur Anwendung schärfster Sperrmaßregeln geführt, durch die die Warenzufuhr nach der Schweiz verhindert werden soll. Der Grenzschutz auf deutscher wie auf schweizerischer Seite ist erheblich verstärkt.

## Last die Toten in Frankreich ruhen...

Von Fritz Karski.

Man erfährt durch eine kurze Radio-Rede des Wolff-Bureaus, daß bei der deutschen Delegation in Paris zahlreiche Besuche einkommen, die um eine vermittelnde Tätigkeit bei der Heimführung gefallener Soldaten aus französischer Erde in die Heimat ersuchen. Und: die deutsche Friedenskommission verhandelt mit der französischen Regierung über diese Heimführung.

Eines Tages wird dann die Austese beginnen. Ja, eine Austese; man wird den Grenadier Schulze, der reichere Angehörige hat als die Grenadiere X und Y in derselben Gräberreihe, deren Angehörige die Heimführung nicht bezahlen können (wenn sie es auch wollten, so wie ganz wünschenswert) aus der langjährigen Gemeinschaft reißen: Ja, Kamerad, es hilft nichts, wir müssen uns trennen. Ich führe hinein in Deutschlands Erde, die leichter ist, als die in Frankreich. — Es ist wie im Krieg: die „Verbindungen“ hatten, kamen nach Deutschland und ließen die anderen mit Bitternis im Herzen zurück. Und hier überträgt sich die Bitternis aus der Reihe der zurückbleibenden Toten auf die ärmeren Angehörigen in der Heimat, die ebenfalls ihre Toten auf ihren deutschen Friedhöfen haben möchten, — aber —

So wird an den Stätten, wo die Massenversammlungen toter Soldaten von Granaten und Kriegsgeschossen aller Art eben zur Ruhe gelangten, ein großes Graben losgehoben. Gut bezahlte Leute werden die Friedhöfe von Aubeville und Genin Viardard und die von Roulers und Poelcapelle und die vielen anderen tausend mit langen Ästen in der Hand durchstreifen, und sie werden auf verwitterten und morschen Tafeln und Kreuzen irgendwelche Inschriften zu entziffern versuchen. Und können sie den Ausleitern Grenadier nicht finden, den sie gerade suchen, so werden sie vielleicht das die Unteroffizier Soudis (gleich nebenan ohne Tafel und Kreuz) zum Ausgraben ankreiden, denn „ein Toter ist ein Toter“. Und erkennen — du lieber Gott, wer will die Handvoll verwässerten Möbels erkennen? Mit der wachsenden Menge der Ausgräber und Heimführenden wird so die Sorgfalt des Suchens aufhören. Geschäftstüchtige Leute werden Aufträge im großen zu erledigen suchen und wieder andere ebenso geschäftstüchtige Leute mit der praktischen Arbeit dabei betreten. Man wird es nicht mehr so genau nehmen. Wenn es nicht mehr mit Sicherheit behaupten könnten, daß das Häuflein Gebeine in dem und jenem Grabe wirklich die Reste einer bestimmten Person sind. Ganz abgesehen davon, daß schon bei der Beerdigung während des Krieges nicht immer mit absoluter Sicherheit behauptet werden konnte, daß ein Jertum in der Person des Toten unmöglich, ganz unmöglich war. Also auch hier fällt viel fort, was den Wunsche auf Heimführung eines Toten aus Heimat begreiflich erscheinen läßt.

Aber trotzdem werden eines Tages die Heimlehrsätze der Toten nach Deutschland rollen. Sie werden die alte Front entlang, an allen Orten halt machen, wo die Toten darauf warten, mitgenommen zu werden, wie es einst die Lebenden taten, wenn sie der Heimatzüge harrieten. Die große Reihe der ersten Schläger

wird durch das aus dem Kriege erwachende Land gehen, das jen in der Sammlung friedlicher Arbeit nie erbliden konnten, das ihnen bei Lebzeiten immer gleichbedeutend war mit einer zweiten grauen-vollen Hölle. Aus den halbgeöffneten Schiedstüren der Wagen werden nicht wie einst heimatliche Augen blicken; aber den Reu-gierigen werden die Sorgen den schmerz machen, die sich so ge-bietetisch hervorbrängen, wie es nur Särge können. Die stillen Jüge werden sich den deutschen Friedhöfen entgegenwinden, wo die „leichtere“ deutsche Erde als Ziel winkt: Der Sand der Welt und der Rüstungsgebiete, die selten Schollen Mitteldeutschlands, das härtere Geröll seines bergigen Südens. An kleinen Bahnhöfen tränenvolle Begrüßungen, neuer Schmerz, feuchte Gräber — o deutsche Erde. Die Wunde aber, die nichts um die neuen Gräber wehen, werden den klagenden Ruf der verlassenen Toten aus Frankreich bringen: Warum liehet ihr uns zurück! Ist das Kameradschaft?

Es ist nicht möglich, die hunderttausende der auch nur in Frankreich gefallenen deutschen Soldaten geschlossen nach Deutschland zu überführen. Wohlsteht keine Trennung, die wie eine Klassen-teilung noch nach dem Tode wirken muß! Last die Toten bei den Toten in der Erde und in der Gemeinschaft, die durch ihr Blut heilig wurde! Ihr habt kein Recht, diese Gemeinschaft der letzten Ruhe zu stören, die vorher durch Unsauberes an Räten erdärtert wurde und durch das Unvermögen des einzelnen, sich von sentimentalen Uebelleistungen lösen zu können, nicht unterbrochen werden darf.

Diese erklärten den Tod für sich und niemand trat für sie ein. Stört ihre Rüste nicht und umkrängt ihr Angehörigen! Aber last ihnen die Gemeinschaft in der Erde, auf der sie starben.

Die Arbeitsgemeinschaft der Bühne. Seit Wochen war in den Blättern, denen die Bühne immer noch die Welt bedeutet, ein Hin und Her von inspirierten und unrichtigen Notizen über Differenzen im Bühnenmarkt. Wichtig davon war nur, daß einige Komponisten, Theaterunternehmer und Verleger noch außerhalb stehen und nun unbeschwerd erinnert werden, daß die Zeit des Individualismus, der ein Kind des Kapitalismus ist, in manchem wenigstens vorbei ist. Der Deutsche Bühnenverein, der Verband deutscher Bühnenregisseure und Bühnenkomponisten und die Vereinigung der Bühnenverleger haben am 3. und 4. Juni ein Komitee geschlossen, worin sich die Beteiligten über eine Zwangsorganisation zur Durchführung ihrer gemeinsamen Interessen verständigten. Der Normalausführungsvertrag, der den Autoren ihre Rechte sichert, war damit zur Wirklichkeit geworden. War die Zwangsorganisation unumgänglich, um den Akt zu schließen, so mußte andererseits jedem Interessenten der Zutritt zu seiner Organisation offenstehen. Dafür ist gesorgt. Schwierigkeiten ergaben sich nur noch mit einigen Bühnenkomponisten. Die Namen Strauß und Schilling haben der Angelegenheit ein großes Hirn und einige Komplikationen. Aber der Ausgang war unabweislich: Die Dissidenten haben sich nach Verhandlungen, in denen besonders der Theaterreferent des Kultusministeriums, Dr. Selig, um die Einigung bemüht war, der Organisation angeschlossen. Strauß und Schilling sind in den Vorhau kopiert worden.

Von den Theaterdirektoren sieht man noch Reinhardt ab-fellen. Er hat durch sein bekanntes Pronunciamento gegen gewisse Forderungen der Bühnengenossenschaft die Jahre des künstlerischen Individualismus erhoben. Aber er wird der sozialen Organisation, die unauflösbar ist, nicht widerstehen können. Und seine künstlerischen Tendenzen werden sich darin trotzdem durchsetzen lassen. Es ist zu erwarten, daß die Einigung mit Reinhardt und mit seinen Mitrondeuren bald folgen wird.

Da die Bühnengenossenschaft mit dem Bühnenverein gleichfalls im Verhältnis der Zwangsorganisation steht und somit alle Organisationen der Bühne geschlossen zusammenstehen, ist das große Werk dieser Arbeitsgemeinschaft vollendet. An ihrer weiteren Ausgestaltung wird bawend weiter gearbeitet — der Rahmen, in dem sich der weitere Ausbau des deutschen Theaters entfalten wird, ist gegeben. Sorgen wir dafür, daß er mit sozialem und volkswirtschaftlichem Gehalt erfüllt werde! Die Organisation der Bühnenkonventionen, die kommen muß, wird berufen sein, die Vertretung des dritten wichtigen Faktors der Bühne, der bewußt mitarbeitenden Kunstgenossenschaft, neben den Schaffenden und Kostspielenden zu bilden.

Der Schneepuma, eine dramatische Arbeit von Otto Hoff, wurde im Frankfurter Schauspielhaus aufgeführt. Die Kammer-spiele von Strindberg waren diesem Stück insofern Vorbild, als es die Erschütterung zwischen dem Menschlichen zu lösen sucht nicht im Realismus der Verwehungen, sondern im Weltwinkel der Unwirklichkeit. In diesem Stück steht ein Mensch, Eilon, der seinem Leben folgen will und sich in ekstatischer Liebe einer fremden Frau hingibt; aber er zerbricht daran. Der Sturm des Bewusstseins wird ihmob-lisiert im Schneepuma. Das Kind stirbt für den Vater, der Freund stirbt für ihn, die Frau zerbricht: ungeheure Leidenschaft flammte auf, aber sie zerbricht nicht an sich selbst, sondern zerflattert wie die Perlen dieses Stückes, die innerlich ohne Zusammenhang sind. Es ist ein dichterisch begabtes Stück, aber keine Dichtung. Die Menschen stehen nicht mit Notwendigkeit zu und gegen ein-ander, sondern berühren sich manchmal jählich und entfernen sich wieder, ohne zum Kern durchgedrungen zu sein. An hohen Vorbildern hat sich das Stück gebildet, aber ihm fehlt, was die großen Beispiele haben: letzte Intensität des Ausdrucks und letzter Mut der Konsequenz. Die Aufführung war die vergangenheit von hoher Qualität. Ebert als Eilon war voller Leidenschaft. Der Regisseur Richard Weichert verkannte das Tempo und verstand nicht, daß nur in dem rasenden Auseinanderdrängen der Menschen dem Sinne der Dichtung Rechnung getragen wird. Der Vater stirbt nicht durch die Schneestimmung verbleiben. Bühnen-märchenbilder zu malen.

Die Universität Kofsk feiert in diesen Tagen die infolge der Verleihenrente zurück verschobene 500-Jahrfeier ihres Bestehens mit allen Ehren. Vertreter dieser Hochschulen sind dazu erschienen, ermannensweise auch holländischer, dänischer, norwegischer, schwedi-scher und finnischer. Unter den Stiftern ist besonders eine schwebische im Betrage von 500 000 M. bemerkenswert. Sie soll an diesen allen Verbindungsstücken zwischen nordischen und deutschen Stämmen landnordischen Studien dienen.

Die Pörrer-Gesellschaft veranstaltet Sonntag nachmittags 3 Uhr im Kaiser-Friedrich-Museum einen Vortrag von dem General Ritter von Wehr über die Bedeutung der deutschen Sozialpolitik. Der Vortrag wird von Prof. Schüring, Leiter der Pörrer-Gesellschaft, gehalten. Eintritt frei. Beginn 3 Uhr, täglich von 9-6 zu 1 M.

## Der Grund des Valuta-Tiefstandes.

Von einem Exporteur wird uns geschrieben:

Bei allen bisherigen Betrachtungen, die über die Valutaentwertung veröffentlicht worden sind, ist der eigentliche Hauptgrund fast immer wenig beachtet geblieben.

Alle Firmen, die während des Krieges exportieren konnten oder nach Beendigung der eigentlichen Feindseligkeiten eine beschränkte Exportfähigkeit wiederaufnehmen konnten, dürften wohl von Anfang an ihre Exportverläufe so abgeschlossen haben, daß in ausländischer Währung bezahlt werden mußte. Wurde nun nach Beendigung der Feindseligkeiten die Forderung vom ausländischen Käufer beglichen, so erfolgte, wie es früher üblich war, die Vereinnahmung des Schicks nach Deutschland und der entsprechende Marktbeitrag wurde von dem Exporteur einliefert.

Als nun die Valutaentwertung der Reichsmark einsetzte, wurde es für jede exportierende Firma zur Gewißheit, daß sie durch sofortige Vereinnahmung der ausländischen Zahlung (also bei Rückzahlung) einen Verlust erlitten hätte. Gäbe sie den ausländischen Betrag erst vier Wochen später in Mark umgewandelt und einliefert, so wäre ihr in Anbetracht des inzwischen weiter gesunkenen Marktwertes ein weitläufiger Marktwert zugeflossen und ein noch größerer z. B. nach acht Wochen.

Diese gleichzeitige Feststellung zahlloser exportierender Firmen hat nun das Uebel immer mehr vergrößert und zu der Selbstverständlichkeit geführt, daß jede exportierende Firma heute überhaupt nicht mehr daran denkt, den Erlös ihrer Exportverläufe in ausländischer Währung an das Ausland in Mark hereinzunehmen, sondern jede exportierende Firma ist dazu übergegangen, sich in jedem einzelnen Land, nachdem sie Exportverträge laufend tätigt, ein Bankkonto in der betreffenden auswärtigen Währung eröffnen zu lassen, an das sie die Zahlungen der ausländischen Kunden abführt.

In der Endwirkung hat das zur Folge, daß eine Nachfrage nach Mark als Zahlungsbetrag überhaupt nicht mehr stattfindet, mit der selbstverständlichen Nebenwirkung, daß der Wert der Reichsmark immer weiter sinkt. Im Inland sinkt entsprechend das Angebot fremder Devisen, die Kurse steigen.

Hand in Hand mit der Valutafrage ist die Frage der Ausplünderung der deutschen Warenbestände durch den ausländischen Käufer zu behandeln. Der ausländische Käufer oder der inländische Exporteur kann in Deutschland zu Mark selbst teuer aufgekauft Ware im Ausland noch mit erheblichem Verdienst abgeben, weil die Kaufkraft der Reichsmark im inneren Deutschland ganz erheblich höher ist, als der Marktwert der Reichsmark in der ausländischen Währungsbeurteilung. Es droht demnach Ausplünderung der gesamten deutschen Warenbestände, nach deren Erschöpfung für den gesamten Inlands-Konsum eine gewaltige, plötzlich einsetzende Teuerung droht, weil die Rohwaren, die zur Anschaffung neuer Waren erforderlich sind, vom Ausland bezogen werden und in ausländischer Währung bezahlt werden müssen.

Eine Abhilfe der doppelten Notlage ist jedoch ohne weiteres möglich, wenn durch das Reichsgesetz bestimmt wird, daß die Ausfuhr aller deutschen Waren nur gegen Hinterlegung einer eidesstattlichen Wertdeklaration erfolgen darf, in welcher der Wert der Ware zum Goldkurs bemessen ist und wenn die exportierende Firma gezwungen wird, die Vereinnahmung des Gegenwertes ihrer Exportdeklaration in Reichsmark innerhalb einer bestimmten Maximalfrist (30 Tage bis 3 Monate) nachzuweisen. Nur durch Einführung einer derartigen Maßnahme wird der Verschleuderung deutscher Güter ein Ziel gesetzt und wird eine Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln in den ausländischen Börsenplätzen, die seit Monaten überhört so gut wie aufgehört hat, wiederum herbeigeführt. Es dürfte zweckmäßig sein, als Geldwährung für die gesamten deutschen Ausfuhr den U. S. A. Dollar einzuführen, um eine einheitliche Grundlage zu erreichen. Eine Wirtkontrolle der Angestellten und Arbeiterentschädigung aller einzelnen Firmen muß und kann leicht herbeigeführt werden durch Gewährung von prozentualen Anzeigepremien an die Angestellten und Arbeiter jeder Firma, welche den zu erlassenen Exportbestimmungen zuwiderhandelt. Nur dann läßt es sich vermeiden, daß zu Lasten der Allgemeinheit eine Anzahl Schieber-Erlöse sich ausländische Guthaben weiter verschaffen und der steuerlichen Erfassung auf dem jetzt üblichen Modus überhaupt entgehen werden. Es kann heute bereits die Behauptung aufgestellt werden, daß das deutsche, in ausländischer Währung in ausländischem Bankguthaben festgelegte Vermögen, welches der deutschen steuerlichen Erfassung entzogen ist, in die Milliarden geht. Die jetzige Exportfähigkeit ist weiter nichts als eine gesetzlich sanktionierte Verschlebung von Vermögenswerten ins Ausland, an welcher unsere Regierung vorübergeht. Die Valutaentwertung der deutschen Reichsmark wird durch die deutsche Exportfähigkeit, wie sie heute gehandhabt wird, gefördert und nicht verringert! Das Schlagwort, daß Hebung der Exportfähigkeit gleichbedeutend ist mit allmählicher Valutaerhöhung, ist nach den heute üblichen Zuständen ein völliger Trugschluß.

## Memelland will deutsch bleiben.

Am Donnerstag fand in Berlin eine Versammlung von Männern und Frauen des Memellandes statt, in der folgende Entschliebung angenommen wurde: Deutsche und Litauer erheben in dem Augenblick, wo die Entente sich auflöst, die Heimat zu besetzen, noch einmal flammenden Protest gegen die gewaltsame Aneignung vom deutschen Vaterlande. Wir rufen die gesamte Kulturwelt auf zum Feigen dieses Verbrechens gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wir verlangen die Rückkehr zum deutschen Vaterlande und in unseren Bestrebungen nicht früher aufzuhören, als bis dieses Ziel erreicht ist. Unter keinen Umständen darf das Memelland mit dem wessens- und kulturreicheren Großlitauen vereinigt werden. Zum mindesten fordern wir bis zur Wiederherstellung des alten Verhältnisses die Schaffung eines selbständigen Freistaates und Freihandels im engsten wirtschaftlichen und politischen Anschluß an das deutsche Reich.

## Zum Fall Sklarz.

Den „V. P. N.“ geht nachstehende Erklärung zu: „Im Auftrage des Herrn Georg Sklarz bitte ich mit Bezug auf die in der Presse gedruckten Mitteilungen davon Kenntnis zu nehmen, daß Herr Sklarz gegen den Schriftsteller M. Sochaczewski, Westwallstraße 2, und die anderen Personen, welche diese Mitteilungen veranlaßt haben, wegen Verleumdung bezw. Verleumdung bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt hat. Die gedruckten Mitteilungen waren vor längerer Zeit Herrn Georg Sklarz zum Ankauf angeboten worden; er hat den Ankauf abgelehnt, weil er sich — nichts vorzuwerfen hat. Den Offizienten hat er bereits damals wegen verletzter Ehrengewürde angezeigt.“

Wetthauer, Justizrat.

Wie die Telegramm-Union meldet, haben die Händler Sklarz und Porus das friedmännliche Lubertusfestschiffmittel, das Gegenstand der gestrigen Debatten der Landesversammlung war, zum Preise von 700 000 Mark aufgefaukt.

## Warum jetzt Kartoffeln erfrieren?

Darüber wurde in der Kreis-Generalversammlung des Landarbeiterverbandes, welche in Puckly in Pommern tagte, folgende Feststellung getroffen:

Im Kreise Puckly stehen insgesamt noch etwa 4000 Morgen Kartoffeln im Felde. Es soll zugegeben werden, daß durch die Regenperiode eine Verzögerung in der Ernte eingetreten ist. Weit wichtiger ist aber doch ein anderer Grund weshalb die Kartoffeln nicht hereingekommen sind. Die Besitzer wollten den Leuten zum Teil für den Zentner Sommerlohn ganze 40 Pf. geben. Einige Güter, die gleich vom Anbeginn einen entsprechenden Lohn zahlten, haben ihre Kartoffeln restlos eingeholt. J. V.: Dubbertsch (600 Morgen) und Grunsdorf. Bei einigen Besitzern stehen dagegen noch bis zu über 200 Morgen in der Erde. Das für ein Ernteschaden der Volksernährung daraus erwächst, ist gar nicht abzusehen. Rechnen wir das Ergebnis pro Morgen nur mit 50 Zentner, so sind bei 200 Morgen bereits 10 000 Zentner Kartoffeln der Allgemeinheit entzogen. Im ganzen Kreise macht es aber fast 200 000 Zentner aus.

## Deutschnationales Kindvieh gesucht.

Folgendes Inserat aus der „Deutschen Zeitung“ wird wahrhaft deutschen Männern ein lozendes Angebot bedeuten:

Suche zu meiner Unterstufung in U. Landwirtschaftsbetriebe (Wädnerei)

## Deutschnationalen Herrn,

der sich als alleiniger Arbeiter allen vor kommenden Arbeiten, (Wartung von 2 Pferden, 3 Stück Kindvieh, Feld-, Hof- und Gartenarbeit) unterziehen will. Angemessenes Taschengeld, Pensionsgemäße Behandlung, Familienanschluss zugesichert. Angebote erbittet H. Barck, Bentwisch h. Kostof (Medienburg).

Es fehlt leider nur der Hinweis, daß mit der Wartung des Kindviehs der Familienanschluss schon gegeben ist. Aber dessen bedarf es wohl nicht.

## Lenins Friedenswunsch.

Sowjetrußland bedarf zur Wiederaufrichtung des ausgezogenen Landes des Friedens. Die Sowjetregierung hat zu diesem Zweck in der letzten Zeit bei den verschiedensten Gelegenheiten ihre Bereitwilligkeit zum Frieden ausgesprochen. Jetzt wird ein Schreiben Lenins bekannt, das dieser nach Amerika an einen Journalisten gerichtet hat, der bei ihm wegen der Friedensfrage angeknüpft hatte. Lenin wiederholt, daß Sowjetrußland nach wie vor zum Frieden bereit sei und daß es verbürge, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Die russische Regierung sei die demokratischste Regierung der Welt. Das Wonne er beweißen. Schließlich spricht er den Wunsch nach einem Wirtschaftsabkommen mit allen Ländern und in erster Linie mit Amerika aus.

## Die Serben besetzen bulgarisches Gebiet.

Nach einer Meldung aus Belgrad sind die serbischen Truppen am 16. 11. in den Bezirk Stranitsa eingerückt. In gleicher Zeit haben die serbischen Zivilbehörden Besitz von der inneren Verwaltung genommen und die bulgarischen Beamten entlassen.

## Persien den Deutschen verschlossen.

Die persische Regierung hat unter dem Drucke Englands sich zur Aufstellung einer Schwarzen Liste, die 74 Deutsche auf zehn Jahre aus Persien ausschließt, herbeigelassen. Damit soll der Handel Deutschlands mit Persien so gut wie lahmgelegt werden, denn fast alle die, die früher schon in Persien waren und im kaufmännischen oder diplomatischen Dienst Erfahrungen über dieses Land gesammelt hatten, sowie als Träger der unmittelbaren deutsch-persischen Handelsbeziehungen gelten konnten, dürfen auf die Dauer von zehn Jahren nicht dahin zurückkehren. Es handelt sich hierbei um einen unfreundlichen Akt der persischen Regierung, der nur dadurch gemildert wird, daß er unter dem Zwang der englischen Oberherrschaft zustande kam. Die Deutsch-Persische Gesellschaft hat an die Reichsregierung einen Protest gegen diese Maßnahme gerichtet und darin gebeten, daß von der deutschen Regierung alles getan wird, um die Wirkung dieser Schwarzen Liste wieder aufzuheben.

## Kleine politische Nachrichten.

Ein Konflikt in der Bayerischen Volkspartei. Der Abg. Dr. Heim ist mit seinen Kollegen von der Bayerischen Volkspartei in Konflikt gekommen, indem er ihnen vorwarf, sie hätten gewissermaßen durch ihre Zustimmung zur Reichsverfassung bayerischen Landesverrat geübt. Dagegen haben nun durch einmütigen Beschluß am 16. November die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei in der Deutschen Nationalversammlung scharfste Verwahrung eingelegt. Die Landesvorhandlung der Partei in München wurde dabei ersucht, ihnen den Abgeordneten vor dem Landesausföhrer oder einem Parteitag zur Stellungnahme gegen die bezeichneten Angriffe zu geben.

Der Lebenswandel Friedrich Wilhelm. Vor einiger Zeit hatte in einer Versammlung in Frankfurt a. M. ein Redakteur der dortigen „Volkstimme“ einige Einzelheiten über das sogenannte „Fröhenleben“ des ehemaligen Kronprinzen berichtet. Daraus hatte der deutschnationale Abgeordnete Lattmann diese Darstellung als „gemeine Lüge“ bezeichnet, wobei er den Redner aufforderte, ihn wegen Verleumdung zu verklagen. Dieser Wunsch ist Herrn Lattmann nun geschehen. In der Tat hat durch den Rechtsanwält Dr. Singheimer Privatklage gegen Lattmann erhoben. — In Berlin wird man von dieser Wendung der Dinge nicht sehr erstaunt sein, Herr Lattmann dürfte seinem Ziel einen Vordienst erwiesen haben.

Demission der Zuschaffenen. Die bei den französischen Kammerwahlen nicht mehr gemählten Minister und Unterstaatssekretäre haben Clementau ihre Demission überreicht.

## Stadtverordnetenversammlung.

Religionsdebatte. — Kommunale Arbeiterräte. — Die Rot Wien.

Auch heute ist der Zubrang zur Zuhörertribüne so gewaltig, daß der Ausgang gesperrt werden mußte. Zur Verhandlung steht nämlich die Besoldungsreform für die städtischen Beamten und Angehörigen.

Zu Beginn der Sitzung begründet Koch (Vg. Vgg.) eine an den Magistrat gerichtete Anfrage, was dieser gegen den städt. Lehrer Hübnert zu tun gedenke, der am 30. September die Lehrerin F. Schaner und den Rektor der betr. Gemeindegemeinschaft mit 1000 Mark unehrenhaften Besoldung bedacht hat, und was geschähe soll, um den Betroffenen Vergütung für diese Ehrenkränkungen zu verschaffen. — Stadtschulrat Dr. Fischer stellt fest, daß die betreffende Lehrerin die vom Religionsunterricht befreiten Kinder allerdings in diesem zurückbehalten hat, kann sie nach Hause zu entlassen. Ein Zwang sei

nicht ausgeübt, auch von den Eltern seien Beschwerden nicht erhoben worden. Zu einem disziplinarischen Einschreiten gegen Hübnert über die Lehrerin liege kein Anlaß vor, zumal Herr Hübnert als Stadtverordneter gesprochen hat. In der auf Antrag Pfannkuch (Vog.) anschließenden Besprechung hält Hübnert seine Behauptungen durchweg aufrecht und wird sein Material dem Magistrat übergeben. Die von ihm getadelte Haltung gewisser Berliner Lehrer und Lehrerinnen stimmt vollkommen mit der Anfangs September gefassten Entschliebung des Deutschen Evangelischen Kirchentages überein, worin die Lehrerschaft aufgefordert wird, mit aller Entschiedenheit

gegen die religionslose Schule

zu arbeiten. (Hört, hört!) — Koch (U. Vog.) sieht in der Anfrage einen Angriff auf die Redefreiheit, den Versuch, ein Disziplinarverfahren gegen einen Lehrer mit dem Endziel der Amtsentsetzung in die Wege zu leiten. Koch hält Koch vor, daß er die zum „Zusammenbruch“ auch Konarchist und am Königlichem Gymnasium Führer einer Jugendkompanie gewesen sei. Die Rechte nimmt diese Mitteilung mit hürmischer Geistesfreiheit und dem Rufe „Novembersozialist“ auf. Koch verweist sich gegen diese persönlich gehässige und niederträchtige Kampfesweise und wird, als er diese vom Vorsteher Seimann gerügten Ausdrücke aufrecht erhält, zur Ordnung gerufen. Koch lag auf der Straße und wäre, wenn ich nicht auch die Kompanie übernommen hätte, überhaupt nicht beschäftigt worden. Ich habe aber lediglich den Sport in der Kompanie gepflegt.

Die Vereinnahmungsmittel sollen hauptsächlich Vorzüge mit je 600 M. Monatsgehalt erhalten. — Die Mehrheit tritt dem Ausschuhentwurf auf Genehmigung nach kurzer Debatte bei.

Die Hebernahme der Schulzahnspflege durch die Stadt ist in der Ausschuhberatung gemäß den Anträgen der beiden sozialdemokratischen Parteien einstimmig empfohlen worden. Heute bringen die Demokraten einen Antrag ein, die Hebernahme an die Leistung von Beiträgen durch die Preuilassen und die Landesversicherung zu binden. Die Rechte stimmt diesem Antrag zu. Die Mehrheit entscheidet im Sinne des Ausschuhentwurfes.

Die Erhöhung der Wiegengebühren auf den fünf städtischen Kautauswagen um 50 Proz. vom 1. Januar 1920 ab wird beifolgt.

Dann begründet Koch den Antrag der Bürgerlichen Vereinigung, eine Entschliebung, die besagt: Die Versammlung erkennt die Arbeitgemeinschaft der Arbeiterräte als gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber dem Magistrat als Arbeitgeber nicht an. Sie ersucht daher den Magistrat, aus öffentlichen Mitteln

keine Zahlungen mehr an die Arbeiterräte

zu leisten und die das Verhältnis zu der Arbeitgemeinschaft der Arbeiterräte beim Magistrat regelnde Verfügung sofort aufzuheben. Die Arbeiterräte, um die es sich hier handelt, leisteten keine produktive Arbeit in ihren Betrieben. Legal seien nur die Arbeiterausschüsse. Koch die „Nichtlinien“ sprächen ihnen völlig unbegründete Privilegien und ein unhaltbares Kontrollrecht zu. — Franz: Die kommunalen Arbeiterräte Berlins sind Betriebsarbeiterräte, eine Kennzeichnung entspricht sich mit Rücksicht auf die baldige Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes zurzeit nicht. Gegen Mißbräuche wird eingeschritten werden. — Müntzer (Vog.): Wenn Versammlung und Magistrat die Einrichtung für nötig halten, steht der Anwendung öffentlicher Mittel nichts im Wege. Man soll doch nicht übersehen, was durch die Arbeiterräte der Allgemeinheit gerettet oder erspart worden ist. — Dr. Kammerich tritt mit dem Zentrum dem Antrag Koch bei.

— Cassel: Mit der Bewilligung der monatlichen Entschädigung von 50 M. haben wir vor einiger Zeit einen Gemeindeforschlag gefaßt, der nicht einfach durch den Antrag Koch beiseite geschoben werden kann. Sollte wirklich eine Kontrolle der Verwaltung in der „Verföhung“ enthalten sein, so wäre sie ungeschicklich. In den Krankenhäusern und Hospitälern finden zum Teil ganz unerhörte Hebergriffe dieser Arbeiterräte statt und herrscht eine ärmliche Mißwirtschaft, da jene Leute sich als die absoluten Herren gebürden. — Dr. Wehl (U. Vog.): In der Arbeitgemeinschaft haben alle Parteien mit Ausnahme der Vg. Vgg. zusammen; wir halten sie für unentbehrlich und lehnen den Antrag Koch ab. — Stadtrat Franz: Die „Nichtlinien“ reden nur von „Anregungen“, von einem Kontrollrecht ist nicht die Rede; Kompetenzen der städtischen Behörden bleiben unberührt. — Cassel: Auf die „Zuschuehung von Vollbeauftragten“, die nach Koch auch darin enthalten ist, hat sich der Stadtrat nicht geäußert. Der Magistrat muß uns die Verfügung vorlegen. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Koch mit 80 gegen 22 Stimmen verworfen. Die Verlesung des Resultats wird von der Mehrheit mit großer Heiterkeit und lebhaftem Beifall aufgenommen.

Gegen 10 Uhr kommt es zur Begründung eines Antrags der Bürgerlichen Vereinigung auf tunlichst beschleunigten Abbau der Zwangsbeziehung des Judentums. Begründer ist Melzer, der der Judentumverweisung und der Landwirtschaft auf diesem Wege den Wiederaufbau der Judentumwirtschaft ermöglichen und die Judentum endlich besitzigen will. Es gelingt Melzer nicht, gegen die Heiterkeit der Mehrheit aufzukommen oder seinem Antrag Freunde zu gewinnen. Der Antrag fällt gegen die Stimmen der Antragsteller.

Ein Antrag Cassel auf Vermehrung der Bürgerdeputierten in den wichtigsten Deputationen und Ausschüssen geht nach kurzer Besprechung in einen Ausschuh.

Die Tarifverträge für die Angestellten der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke werden ohne Erörterung genehmigt.

Zur neuen Besoldungsordnung der städtischen Beamten und Festangestellten beantragt Dore (Dem.) Ausschuhberatung. Mit den bisherigen Gehältern und Bezügen sei nicht mehr auszukommen. — Koch hält eingehende Prüfung für geboten, aber die Vorlage müsse noch vor Weihnachten verabschiedet werden. — Dr. Wehl: Wenn irgend möglich, soll die Vorlage in acht Tagen verabschiedet werden. (Beifolgt Beifall, auch auf der Tribüne.) — Brückner (Vog.): Gerade wir haben immer auf Latein des Dankes für die Beamten gedrängt. Gätten die Beamten ihre heutige Energie früher entwidelt, so wären sie längst besser da. Jetzt Jahre lang haben sie sich mit der Reform hinorgern lassen. Auf die Ausgleichung von Unstimmigkeiten in der Vorlage werden wir Bedacht nehmen, wobei wir aber für Titulaturen nicht viel übrig haben; die Aufstiegsmöglichkeit muß auch denen gewahrt werden, die keine Abiturientenexamen gemacht haben. Für das Zentrum erklärt v. Rehnberg die prinzipielle Zustimmung zur Besoldungsreform. — Manasse (U. Vog.) lehnt es ab, gegen die Beamten Verbauungen zu machen, die leicht als Stimmenfang gedeutet werden können; die Reform sei überhaupt keine Parteifrage, sondern eine Selbstverständlichkeit. — Die Vorlage geht an einen Ausschuh, der sofort vom Vorstand ernannt wird.

Überbürgermeister Vermuth: Die Nachrichten aus Wien, die Rote Wien,

greifen uns gewaltig ans Herz. Es scheint, als ob das Reich helfen will; aber auch die freie Presse muß des Thies tun. Ein Aufruf wird alsbald veröffentlicht werden; ich bitte um Ihrer aller Interesse dafür.

Vorsteher Dr. Wehl: Die Versammlung schließt sich in allen ihren Teilen diesem Appell warmherzig an.

Eine letzte Entscheidung fällt noch am 10. März der Magistratsvorstand vor den Beiträgen der Stadt Berlin zur Reichshaupt- und Residenzstadt Berlin. — G. m. b. H. herbei.

# Das Friedmannsche Tuberkuloseheilmittel.

Auf der Tagesordnung der Landesversammlung vom Donnerstag steht zunächst die förmliche Anfrage Braakmann (D. Hannov.) über das

## Friedmannsche Tuberkuloseheilmittel.

Die Regierung ist zur sofortigen Beantwortung der Anfrage bereit. Braakmann führt zur Begründung aus: Das Friedmannsche Heilmittel hat sich hervorragend bewährt. Das wird von etlichen Autoritäten bestätigt. In den meisten Fällen ist eine einmalige Injektion für die Heilung ausreichend gewesen. Bei der ungeheuren Verbreitung der Tuberkulose kann dieses Mittel unzähligen Tausenden das Leben retten. Die vielen Millionen, die jetzt für Heilstätten ausgeworfen werden, können gespart werden.

Ministerialdirektor Gottstein: Die Medizinalverwaltung steht dem Friedmannschen Verfahren ohne Vorbehalten Zustimmung gegenüber, muß aber Vorsicht beobachten. Das Ministerium ist überzeugt, daß ein sicheres Urteil über das Mittel auf Grund der vorliegenden Untersuchungsresultate und sachmännlichen Auskünfte noch nicht abgegeben werden kann. Friedmann erwirbt selbst die Prüfung seines Mittels, denn er behält sich sogar die Auswahl der Patienten vor. Ein Angebot, nach dem er eine Krankenabteilung in der Lungenheilstätte Westphal übernehmen sollte, hat er abgelehnt. Schwierigkeiten werden Friedmann nicht gemacht. Seine Versicherung, daß sein Heilmittel die Tuberkulose ausrotten könnte, ist abwegig. Solche Zusagen sind auch für die Bekämpfung anderer Seuchen gemacht worden und haben sich niemals bewährt. Das Mittel wird weiter vorurteilslos geprüft werden.

Gräf (Frankfurt (Oder)): Die Eindämmung der Tuberkulose ist ohne ausreichende Ernährung nicht möglich. Wenn man die schrecklichen Zahlen über ihre Ausdehnung infolge des Krieges liest, kommt man zu dem Ergebnis, daß zur Bekämpfung dieser tödlichen Seuche

unbedingt etwas geschehen muß.

Mit Genugtuung stellen wir fest, daß die Regierung dem Mittel vorsichtig gegenübersteht — und das mit Recht —, aber seinen Wert aber andauernd Untersuchungen anstellen läßt. Auch den Ärzten ist kein Vorwurf daraus zu machen, daß sie sich dem Mittel gegenüber zurückhalten. In den letzten Wochen habe ich Sitte von anerkannten Autoritäten über das Friedmannsche Mittel gesammelt und kann zu meiner Freude für die Kranken feststellen,

daß eine ganze Anzahl hervorragender Ärzte sich glänzend über das Heilmittel ausgesprochen hat.

In den Streit um das Heilmittel darf sich die Regierung aber nicht einmischen, denn die Professoren tun ja doch das Gegenteil von dem, was die Regierung will. In besonders unerhörter Weise ist das in Rarburg zutage getreten. Die Regierung sollte dem in Frage kommenden Professor eine Kautionspfand verbüßend lassen. (Stürmische Heiterkeit.) Ein Heilmittel für die Tuberkulose gibt es noch nicht; wir treten für lebenswichtige Prüfung des Friedmannschen Mittels ein. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Schlossmann (Dem.): Das Friedmannsche Mittel habe ich stets vorurteilslos geprüft. Die schlimmsten Feinde Friedmanns sind seine überreizigen Freunde. Gegen objektive Beobachtung des Mittels wenden wir nichts ein. Es darf durchaus aber keine Reklame gemacht werden. In dieser leistet Friedmann einfach Beispiellostes. Die Medizinalabteilung hat zur vorurteilslosen Prüfung alles nur Denkbare getan. Die Berichte der namhaftesten Kliniker sind für das Mittel aber doch wenig günstig ausgefallen. Auch Geheimrat Krauß, der sich noch am günstigsten ausdrückt, hat nur teilweise Heilerfolge in beschränktem Umfang beobachtet. In seiner Klinik sind auch Schädigungen durch das Mittel vorgekommen. Die wirksamsten Heilmittel gegen Tuberkulose sind: Sonne, Luft und Licht. Wenn den Heilstätten die in den Spielplan verschleimten Lebensmittel zugeführt würden, dann würden diese auch wieder das selbe leisten wie vor dem Kriege. Friedmann bestimmt, was das Mittel bekommt und wer nicht. Den von ihm gestellten Bedingungen kann sich ein Arzt nur mit großer Selbstüberwindung unterwerfen. Auch die Honorare, die Friedmann nimmt, sind ungeheuer hoch, obwohl die erste Aufgabe der ärztlichen Wissenschaft in der Hebung der Volksgesundheit, nicht aber in der Herbeiführung von Geldgeschäften besteht. Wenn sich das Mittel bewähren sollte, muß es der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. (Lebhafte Beifall.)

Minister Haenisch: Auch ich bin der Meinung, daß ein solches Mittel gegen die verheerende Seuche nicht zu einem Instrument kommerzieller Ausnutzung werden darf, sondern der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden muß. Die Person Friedmann geht mich nichts an. Ich frage nur, was er leistet. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, das Mittel im größten Umfang prüfen zu lassen. Die Genennung Friedmanns zum Professor ist auch durch ärztliche Autoritäten gebilligt worden. Ich führe darüber nur an, daß Professor Dürken-Berlin urteilt: „Was Koch erstrebt hat, hat Friedmann erreicht... Ich rechne daher Friedmann zu den größten Wohltätern der Menschheit.“ Dem Lehrauftrag für Friedmann hoffe ich bald ein Institut folgen lassen zu können zum Heile des gesamten deutschen Volkes und der Menschheit. (Beifall.)

Danach wird die Besprechung abgebrochen; ohne Aussprache erledigt das Haus Gittschritten. Darunter auch eine

des Magistrats Berlin auf Übernahme der Sittenpolizei in die städtische Verwaltung.

Weyl (H. Soz.): Wir wollen ein praktisches Beispiel über die Möglichkeit der Erhebung der Sittenpolizei geben.

Die Gittschritten wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Dann verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr: Kleine Anfragen. Weiterberatung. Schluß 6 Uhr.

Der Staatshaushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung gab u. a. auch einem Antrage seine Zustimmung, daß im nächsten Staatshaushalt die Stellen der Hilfsunterbeamten an den Universitäten und technischen Hochschulen in planmäßige Unterbeamtenstellen umgewandelt werden mögen.

## Gewerkschaftsbewegung

### Ein internationaler Holzarbeiterkongress.

Einem Ersuchen des Sekretärs der Internationalen Union der Holzarbeiter, Theodor Reipart, folgend, hat der Vorsitzende des Niederländischen Möbelsarbeiterverbandes eine internationale Konferenz der Holzarbeiter auf den 8. Dezember nach Amsterdam befohlen. Auf eine vorausgegangene Umfrage sind Zustimmungserklärungen eingegangen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Oesterreich und Schweden. Auch aus Argentinien ist eine Delegation angemeldet. Voraussichtlich werden noch weitere Länder auf der Konferenz vertreten sein. Der Deutsche Holzarbeiterverband wird fünf Delegierte entsenden, darunter auch Theodor Reipart, der auch nach der Übernahme des Amtes als württembergischer Arbeitsminister die Funktion des internationalen Sekretärs beibehalten hat.

Es steht zu erwarten, daß die Konferenz zu einer Neubelebung der Internationalen Union der Holzarbeiter führen wird. Diese war zwar während des Krieges in ihrem Wirken beengt, aber sie hatte ihre Tätigkeit keineswegs eingestellt. Das vom Sekretär der Internationalen Union in vier Sprachen herausgegebene „Bulletin“ ist auch während des Krieges erschienen; durch Vermittlung der Zentralen ist es auch den Organisationen in den Entente-Ländern zugegangen.

Auf der Tagesordnung des Kongresses steht u. a. die Wahl einer Kommission zur Beratung eines neuen Statuts, die Wahl des Landes, in welchem die Internationale Union ihren Sitz haben soll und die Wahl des Vorstandes. Ob diese Punkte Anlaß zu besonderen Auseinandersetzungen geben werden, läßt sich noch nicht übersehen, da ein direkter Verkehr mit den Organisationen in den Entente-Ländern nicht gepflogen wurde und deshalb die dort vorherrschende Stimmung nicht bekannt ist.

### Eine Niesenkundgebung der Postbediensteten!

Zu der Notiz in Nr. 600 unserer Zeitung erhalten wir vom Referenten im Reichspostministerium Herrn Knöner folgende Sachdarstellung:

Der Zentralverband der Telegraphenarbeiter hatte dem Reichspostministerium vor einiger Zeit die Forderung unterbreitet, alle Lohnempfänger bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung die jetzigen Bezüge (Lohn-, Teuerung- und Kinderzulagen) je um 50 Proz. zu erhöhen. Bei den diesbezüglichen mit den Vertretern des Verbandes gepflogenen Unterredungen ist denselben zunächst ganz unabweislich erklärt worden, daß das Reichspostministerium diese Organisation nicht allein als Vertreterin sämtlicher Gruppen von Lohnempfängern anerkennen könne, weil andere namhafte Berufsverbände für gewisse Gruppen zuständig seien und für diese auch bereits Forderungen unterbreitet haben. Das Reichspostministerium steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß über alle Streitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis mit den für die einzelnen Hauptgruppen in Frage kommenden Berufsorganisationen verhandelt werden soll. Die Interessen von Kinderarbeiten sollen hierbei gewahrt bleiben. Aus diesen Erwägungen heraus ist mit den Vertretern genannten Verbandes auch nur über die Forderungen der Telegraphenarbeiter beraten worden. Die Lage der unteren Beamten (Postboten, Schaffner usw.) ist daher im geschichteten Sinne gar nicht erörtert worden, weil diesseitigen Erachtens die bezeichnete Vereinigung nicht als Interessenvertretung anerkannt werden kann.

Den Vertretern des Zentralverbandes ist weiter kein absehnender Bescheid erteilt worden, vielmehr ist denselben zugestanden worden, daß die Löhne der Telegraphenarbeiter in entsprechender Weise erhöht werden sollen, sobald das Reichsarbeitsministerium unabhängig gemachte Schiedsverfahren für die Berliner Postausbesserer erledigt ist und das Reichsfinanzministerium die hierzu erforderlichen Deckungsmittel bewilligt hat. Eine weitergehende Antwort zu geben war das Reichspostministerium gar nicht in der Lage, weil ganz selbstverständlich alle den Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung überschreitenden Mittel zunächst vom Reichsfinanzministerium bewilligt sein müssen. Dies ist auch schon deshalb notwendig, weil an der Gestaltung der Lohnverhältnisse bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung auch die übrigen Reichs- und Staatsressorts interessiert sind. Daraus kommt, daß tatsächlich zurzeit die Einkommensverhältnisse der Lohnempfänger fast durchweg höhere sind als die der unteren, ja teilweise auch der mittleren Beamten, und

das Reichspostministerium daher der Meinung ist, daß auch hier etwas zugunsten der letzteren geschehen müsse.

Die durch die Notiz erweckte Meinung, daß die Lage der Beamten unübersichtlich bleiben soll, ist demzufolge nicht zutreffend.

In diesem Zusammenhang ist das Reichspostministerium bereit, Verbesserungen der Einkommensverhältnisse der einzelnen Berufsgruppen zuzustimmen, und ist dies den Vertretern des Zentralverbandes sowohl mündlich und auf Wunsch sogar schriftlich erklärt worden.

### Die Musiker gegen die verschärfte Kohlenverordnung.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musikerverbandes nahm in ihrer letzten Sitzung Stellung gegen die auf den gesamten Musikerberuf rücksichtslos wirkende Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin über die Herabsetzung der Polizeistunde auf 1/10 Uhr. Diese Verordnung sei getroffen worden, ohne die direkt daran Beteiligten vorher zu hören. Es wurde betont, daß die Lustbarkeitssteuer, die Verkehrssteuer, die Herabsetzung der Polizeistunde, wie überhaupt alle diese Verordnungen und Verfügungen rücksichtslos die Existenzmöglichkeiten der Musiker untergraben. Hinzu komme noch die stuppellose Konkurrenz der Beamtenmusiker, die trotz aller ministeriellen Verbote lustig weiter blühe. Auch bezüglich der Ausweisung von Musikern, die vor dem 1. August 1914 nicht in Berlin anständig waren, steht der Berliner Musiker abseits der Verordnung des Demobilisierungskommissars. Die Berliner Musiker fordern die Regierung auf, die gegenwärtige Kohlenlaramität zu heben, ohne bestimmte Versuche besonders darunter leiden zu lassen. Die Musiker erwarten, daß die Verordnung der Kohlenstelle schnellstens wieder rückgängig gemacht wird.

### Reichstaxtarifvertrag der Angestellten der Berufsgenossenschaften.

Die Tarifvertragsverhandlungen zwischen dem Zentralverband der Angestellten, Reichsgruppe Berufsgenossenschaftsangehörige, Berlin SO 28, Cranienstr. 40/41, und dem Arbeitgeberverband Deutscher Berufsgenossenschaften sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Die Angestellten sind nach ihrer Tätigkeit in fünf Gruppen eingeteilt. Die Bezüge betragen aus dem letzten Gehalt, einem beweglichen Gehaltszuschlag von zurzeit 1000 M. für Ledige und 1400 M. für Verheiratete und einem Ortszuschlag zu den vorgenannten Bezügen bis zu 80 Prozent. Außerdem wird ein Kinderergeld von 800 M. pro Jahr gewährt. Die Anfangsgehälter belaufen sich auf 2500 M. in Klasse V, 2000 M. in Klasse IV, 1800 M. in Klasse III, 1500 M. in Klasse II und 1200 M. in Klasse I, steigend um 8 Zulagen von 2 zu 2 Jahren auf 4000, 4500, 5000, 5500 und 6000 M. Alle zurückgelegten Dienstjahre werden angerechnet. Für weibliche Angestellte sind die Bezüge um 10 Proz. geringer. Der Vertrag gilt hinsichtlich des Einkommens rückwirkend ab 1. April 1919. Nach zehnjähriger Dienstzeit sind die Angestellten ruhegehaltsberechtigt und lebenslanglich angestellt. Die normale Arbeitszeit beträgt 45 bzw. bei ungeteilter Arbeitszeit 42 reine Arbeitsstunden, der Urlaub 9 bis 24 Werktage. Für die Berechnung des Ruhegehalts sind Gehalt, Gehaltszuschlag und 1/2 des Ortszuschlags in Anrechnung zu bringen. Als Schiedsinstanzen sind Schlichtungsausschüsse und ein Oberchiedsgericht eingesetzt. Der Tarif läuft unfindbar bis 31. Dezember 1920. Der Tarifabschluß bedeutet für die Angestellten eine wesentliche Verbesserung ihrer Bezüge.

Einwohner. Alle noch Ausgeherten müssen sich am Sonntagvormittag im Streiklokal melden, um das restierende Streikgeld abzuholen. Später Kommende werden nicht mehr berücksichtigt.

Beispielen haben sich alle, die vom Dienstag, den 11. 11. in Arbeit getreten, Sonntagabend nach Schluß der Arbeitszeit zur Empfangnahme ihrer Restzahlung einzufinden. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend von 9-12 Stempeltage.

## Soziales.

### Zuwendung von Reichsmitteln für Schäden im Ausland.

Die Reichsregierung macht bekannt, daß die Gewährung von Beihilfen für Schäden, die Deutsche im Ausland erlitten haben, auf Verstoß der Interessenvertretungen der Geschädigten durch besondere Spruchkommissionen erfolgt. Die Interessenvertretungen gelten als Selbsthilfeorganisationen, sie sind auch in den Spruchkommissionen, die aus 3 Mitgliedern bestehen, durch 2 Mitglieder vertreten. Binnen 2 Wochen kann gegen Entscheidungen der Spruchkommission Beschwerde sowohl vom Antragsteller wie vom Präsidenten der Reichsentschädigungskommission eingelegt werden, woraufhin die Sache einer anderen Spruchkommission zu übertragen ist, wenn die erste Spruchkommission nicht ihre Entscheidung durch einstimmigen Beschluß ändert. Wegen die Entscheidung der zweiten Spruchkommission steht nur dem Präsidenten der Reichsentschädigungskommission ein Einspruchsrecht an das Reichswirtschaftsgericht zu.

Als Stichtag für die Auszahlungen gilt der 1. Januar 1920. Bei früherer oder späterer Auszahlung sind 5 Proz. Zinsen in Anrechnung zu bringen.

Durch die geschäftliche Heranziehung der Interessenvertretungen der Geschädigten werden hoffentlich deren zahlreiche Klagen über die bisherige Handhabung bei Entschädigungssprüchen, die auch und zugegangen sind, für die Zukunft behoben.

Verantw. für den Inhalt: Leit. Viktor Hoffler, Charlottenburg; für Angelegenheiten: H. Gode, Berlin. Verlag: Formverlag G. m. b. H., Berlin, Druck: H. W. Gode, Berlin. Verlags- und Druckerei: Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, 1. Stock.

# OSRAM



# AZO

mit Edelgas gefüllt

Ein Meisterstück der Beleuchtungstechnik





**Opernhaus.**  
III. Sinfonie-Konzert.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schauspielhaus.**  
**Maria Stuart.**  
Anfang 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.  
Deutsches Theater.  
7 Uhr: Wie es euch gefällt.

**Kammerspiele.**  
**Gespensersoufale.**  
Sbd.: Die Büchse der Pandora.

**Gr. Schauspielhaus**  
Karlstraße.  
Eröffnungsvorstellung.  
8 1/2 Uhr: Orestie (1. Akt, 1. Abd.)  
Sbd. 7 1/2 Uhr: Orestie (auß. Ab.)

Theater I. d.  
**Königgrätzerstraße**  
1 Uhr: Ein Traumspiel  
Sonnt.: Schloß Wetterstein  
Sonntag nachm.: Erdgeist.  
(Lud.: Maria Orska.)  
Abd.: Schloß Wetterstein  
Mont.: Schloß Wetterstein

**Komödienhaus**  
**Liselott v. d. Pfalz**  
Sonntags: Sie.  
Sonntag nachm.: Die Ehre.  
Abends: Sie.  
Montag: Sie.

**Berliner Theater**  
**Bummel-Studenten**  
7.15 U.:  
Central-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Faschingslee.  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.  
Die Tribüne  
7 1/2 Uhr: „Die Wandlung.“  
Eden-Theater  
7 1/2 Uhr: „U. A. W. G.“  
Stg. 3 U.: Prinzessin vom Nil.  
Friedr.-Wilhelmst. Th.  
7 1/2 Uhr: Gretchen.  
Kleines Theater.  
7 1/2 Uhr: Die Neuvermählten.  
Hierauf: Kinder-Ballett.  
Ballettmstr. M. Zimmermann  
Kl. Schauspielhaus.  
7 1/2 Uhr: Albine und Anjust  
oder: Freut Euch d. Lebens.  
Komische Oper  
7 1/2 Uhr: Liebeszauber.  
Stg. 3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädch.  
Lustspielhaus  
Arnold Rieck im  
7 1/2 Uhr: Der Großstadt-Kavaller  
Metropol-Theater.  
7 Uhr: Sybill  
Sonntag 3 U.: Charleys Tante  
mit Tobieler.  
Neues Operettenhaus.  
7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.  
Schiller-Theat. Charl.  
7 1/2 Uhr: Der Bund der Jugend.  
Thalia-Theater  
7 Uhr, zum 1. Male:  
Die hässliche Liebe.  
Th. am Nollendorffplatz  
7 1/2 Uhr: Die beiden Elingsberg.  
7 1/2 Uhr:  
Der Vielgeliebte  
Theater des Westens  
7 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin  
Sonnt. 4 U.: Max und Moritz.  
Sonnt. 12 U.: Märlchen „Antia“.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die lustige Witwe.  
Theater d. Friedrichstadt  
7 1/2 Uhr: Schattenspiele.  
Waltner-Theater  
Eine Ballnacht.  
Stg. 3 1/2 Uhr: Gelscha m. Mia Werber

**Volksbühne** Theater  
a. B. Blowl.  
7 1/2 Uhr: Paul Langa und  
Tora Parsberg.

**Lessing-Theater**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
7: Peer Gynt.  
(Grünig, Lössen, Servaes,  
Loos.)  
Sonntags 7: Fräulein Julie.  
Der große Kakadu.  
(Dorieux, Servaes, Fischer,  
Klöpper, Veld.)  
Sonntag 7 1/2: Robert Frank.  
(Lössen, Abel, Loos, Fischer.)

**Deutsches Künstler-Theater**  
Allabendlich 7 1/2: Cyprienne.  
(Loop, Konstantin, Kurt Götz.)

**Circus Busch**  
Freitag, 28. Nov., ab 7 1/2 U.:  
**Kopirutsch**  
durch den Circusraum.  
Die Schreckenfahrt  
an steller Wand.  
Die lustigen Hülländer.  
Trickkom Pant  
„Aphrodite“  
Sonntag, 30. U., 1. 2. Male:  
Märchenpantomime  
**Aschenbrödel.**

**Passage-Theater**  
Unter d. Linden 22/23  
Dir. M. Seilman.  
**2 Uraufführungen 2**  
**Mit Leib und Seele eigen.**  
Sensation. Filmdrama  
in 6 Akten.  
Dagny Servaes,  
Bernhard Götzke,  
G. A. Semmler.  
Außerdem  
ein interess. Lustspiel  
in 2 Akten.

**Astra**  
Theater - Lichtspiele  
Chausseestraße 16.  
28. Nov. bis 1. Dezbr.  
**Die Spinnen.**  
Filmzyklus in 4 Abteil.  
I. Abenteuer  
**D. goldene See**  
3 Akte mit  
Carl de Vogt, Rosal. Oria.  
**Bis früh um fünf**  
Lustspiel in 3 Akten  
mit Leo Peukert.  
Künstler-Kapelle.  
Anfang: 7 Uhr.

**APOLLO THEATER**  
Friedrichstraße 218  
Dir.: James Klein  
7 1/2 Sonnt. 3 1/2 U. 7 1/2  
**Die letzten zwei Tage**  
Die große Variété-  
Ausstattungs-Schau  
**Die Welt im Jahre 2000!**  
Unter anderem:  
**Modenschau u.**  
**Potsdamer Platz im Jahre 2000**  
Blockade-Ballett!  
10 Karnerz. Pferde  
4 Urbans  
Senta Söneland  
Lambertz-Paulsen  
Lucie Blattner  
Alex Stamer.  
Sonnt. 3 1/2, Erwachsene  
1 Kind frei!

**Reichshall-Theater**  
7 1/2 Uhr u. Sonntag  
nachm. 3 Uhr:  
**Stetlin, Sänger**  
nachm. 7 1/2 Uhr  
Weißballe-G.  
Döhloff-Breit!

**Seeligs Möbelhaus**  
nur Eisfasser Straße 8  
Speicherung im Möbel-Ge-  
büde. Ständige Gelegen-  
heitskäufe in neuem und ge-  
brauchtem Wohnungs-Ein-  
richtungen, von b. einrichten  
bis zu den vornehmsten.  
**Herrn-, Ehe- und Schlafzimer**  
besonders preiswert. Beste  
Räume von 200,- an.  
Spezialität:  
**Kleiderchränke, Bett-  
tische, Bettstellen,**  
Staubsauger,  
Bettwaren etc. etc.  
Besondere billig.  
Der weiteste Weg  
macht sich bezahlt.

**Admirals-Palast.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
**Die lustige Puppe**

**Sport-Palast**  
Potsdamerstr. 72 • Hochbahn-Bölowstr.  
Das größte Kinodivertissement

**Die nicht sterben dürfen**  
Erich Kaiser-Titz.  
**Entfesselte Leidenschaften**  
Maria Widal.

**METROPOL KABARETT**  
BORENSTR. 53-54  
Das hervorragende  
Novemberprogramm  
Anfang 7 Uhr

Kommen Sie!  
Sie werden staunen!  
**Alexander-Palast**  
Landsberg-Str. 39  
am Alexanderpl.  
Schöner Etablissement. (Zentr.)  
Künstlerische Leitung:  
**Fritz Lotze-Hofer**  
Intimer Ballsaal!  
Eleganter Barbetrieb!  
Rhein, Winterdiel!  
Ab 7 1/2 Uhr  
**Großer Ball**  
mit ersten Kabarett- und  
Tanztruppen, u. a. der ur-  
komische Hans Schuch  
u. d. gr. November-Prgr.  
Starg. tolle Preise!  
Kaffee / Tee / Schokolade  
Sonntag:  
**5-Uhr-Tanz-Tee**

Herzogin  
Catharina hat die  
**Tonndorf-Betriebe**  
an Hans Tonndorf  
**Winden-Restaurant**  
Unter den Linden 44  
und Friedrichstraße 87  
**Vornehmes Wein- und Bier-Restaurant**  
Spezialität: Tollen Linsen  
Spezialität: Tollen Linsen  
Wien- u. Biermusik  
Karl W. W. W. W.  
Wichtig gerichte Verpflegung.

Theater am Kottbuser Tor.  
Tel.: Moritzplatz 14 814.  
Jed. Abend 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
9 vom Mittag der  
Stimm-Sänger,  
sonnt. 3 1/2 Uhr  
erhält Preisverfall  
Abend-Programm  
1 Kind frei!  
Rauchen gestattet.  
Kongress-Konzert, beg. 7 1/2 Uhr.  
Vorverf. 11-1/2 u. 4-6 Uhr.  
Neues Programm!

Aus unserer Sammlung  
Romane der Völker  
**Die Komödianten**  
von Louis Couperus  
Deutsch von Elisabeth  
Gebunden M. 1,20  
(mit 10% Buchhändler-  
rabatt)

Königsberg-Hartmanns Zeitung:  
„Couperus ist mit diesem Roman ein Werk  
von solcher Ursprünglichkeit, fächernder Seltens-  
keit und dramatischer Brauchbarkeit gelungen, daß  
es unmöglich ist, es nicht in alle Welt hin-  
zuversenden! Hier ist seit langer Zeit der  
historische Roman der Zeit geschrieben!“

**Georg Müller Verlag**  
München, Elisabethstr. 26  
Verlangen Sie kostenfrei unsere Kataloge

**Taunzien-PALAST**  
Das Derby  
des Detektiv  
**Max Landa**

**BTL**  
Potsdamer Str. 38  
Uraufführung  
**Artistentreue**  
mit  
**Bruno Kastner**  
Turnstr. 12  
Im Schatten des Geldes  
mit  
**Harry Liedtke**  
Käte Dorsch.  
Alexanderplatz-Passage  
Der große Eickbergfilm  
**Ich klage an!**

**Goldene Remontoir Uhr**  
verkauft schon in einem großen  
Ausmaß, dieses Horloger, mit Sprün-  
gen, sehr genau, sehr schön, sehr  
zuverlässig, sehr leicht, sehr schön,  
zu jeder Zeit gold, Silber, oder  
auch gefärbt, somit Horloger 21 50,-  
dieses ist Schmecker Wert - 85,-  
In größter Auswahl: sehr silberne und  
14 K. goldene Herren-  
Chren, Kavalier-Chren, Frau-Chren, Arm-  
band-Chren, Damen-Chren, Leuchtzehren  
etc. etc. - alles reguliert.  
**E. Möbis, 14 Beuthstr. 14**  
Südg. Teil Berlin, Verkauf nur im Laden.

**Residenz-Theater.**  
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise!  
**Hänsel und Gretel.**  
Tel. 8 U. Heute z. 3.23. Male:  
**Das höhere Leben.**  
von Hermann Sudermann.  
Sonntag 4: Der gute Ruf.

**Trianon-Theater.**  
Täglich 1/2 Uhr:  
**Maskerade.**  
Von Ludwig Fuchs.  
Sonntags 4: Aschenbrödel.  
Sonnt. 4: Der Lebenskünstler.  
Mittwoch 4: Schneewittchen.

**Rose-Theater.**  
7 1/2 U.  
**Das Gesetz.**

**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
**Eine Frau wie Du.**

**Casino-Theater**  
Lottarinerstr. 27. Tägl. 7 1/2 U.:  
**Schnopfels Leno**  
Berliner Volksstück 1. Aufz.  
Vorher erste Spezialitäten.  
Viktor Litke 1. d. Op. Sketch  
„Erwacht.“  
Stg. 3 1/2 Uhr: Ein sauberes Klebblatt

**Residenz-  
: Kasino -  
Blumenstraße 10  
Tägl. 7  
Ball und Ballett  
Anfang 7 Uhr.**

**Winter-Garten**  
Wegen des  
umfangreichen  
November-Spielplans  
Anfang 7 15  
Rauchen gestattet!

**BEGEE**  
**HAEMATOGEN**  
**TABLETTEN**  
Pharm. Fabrik Bodenstein & Goslinaki, Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstr. 1, Fernspr. Umland 6415.

**Unterernährte,  
Nervöse, Blutarme!**

Auf Grund wissenschaftl. Zusammen-  
setzung das hochwertigste Nähr- u.  
Kräftigungsmittel der Gegenwart.  
**ca. 90% reine Nährstoffe**  
einschließlich 10% Nährsalze  
**Fragen Sie Ihren Arzt!**

Zu haben in Apotheken und Drogerien  
Preis pro Schachtel Mark 7,50.

**An die Arbeit durch die Arbeit**  
muß das deutsche Volk, Alle Männer und Frauen  
müssen danach trachten, ihre Kräfte und ihre Fähig-  
keiten zu er-  
höhen, um  
die Schäden und die Wunden des Krieges zu heilen. Das  
beste Mittel, sein Wissen zu erweitern und damit seine  
Lage zu verbessern, bietet eine umfassende Allgemein-  
und fachliche Bildung. Rasch und gründlich führt die Methode  
„Rustia“ (5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Pro-  
fessoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstreibenden ohne  
Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung  
des einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht.  
Wissenschaftl. geb. Mann, Wissenschaftl. geb. Frau, Geb. Kauf-  
mann, Die geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Frei-  
willig, Abit.-Examen, Gymn., Realgymn., Oberschule,  
Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschulelehrerprüf., Zweite Lehrer-  
prüf., Handwerkschulen, Landwirtschaftsschule, Acker-  
bauschule, Präparand, Konservatorium, Ausführende 60 S.  
starke Broschüre über bestehende Examen, Beförderungen  
im Amt, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch  
Bonnet & Nachfeld, Potsdam, Postfach 224.

**Kunstspiel-Pianos und Flügel**  
**Virtuola**  
ermöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stücke  
nach Auffassung d. Künstlers u. Selbstanfertigung  
**Römhildt A.-G., Leipzig**  
119-120, 1. Stock.

**Spezial-Behandlung**  
**C. Weisert, Invalidenstr. 147**  
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken  
tätig gewesen.  
**Kostenlose Untersuchung und Beratung**  
über sachgemäße Behandlung.  
Sprechstunden 10-12 und 4-6, Sonntags 10-12.

**Hygienische Bedarfsartikel.**  
Verlangen Sie Preislistenabzug!  
Verfand kostenlos und diskret.  
**A. G. Grimm, Ulm-Donau M.,  
Weinhof 5.**

**Gute Antiquitäten**  
An- und Verkauf  
**ALKUNST**  
G. m. b. H.  
Wilhelmstr. 40 A.

**Juwelen Perlen**  
An- und Verkauf  
**Margraf & Co.**  
G. m. b. H.  
Kanonierstraße 9  
Tannentien-  
str. 18 A.

**Stellenangebote**

**Redakteur gesucht!**  
Für ein mehrheitssozialistisches Parteiorgan  
(Industriegebiet) in allen Fächern erfahrener,  
**äußerst tüchtig, Schriftsteller**  
baldigst gegen entsprechendes Gehalt  
gesucht.  
Offerten unter T 41 an die Hauptexpedition  
des „Vorwärts“ 2271\*

**Höchste Preise über Tageskurs**  
zahlt für  
**Platin-**  
Tiegel : Schalen : Brennstifte : Zahnstifte  
Schmucksachen : Brillenabstreifen  
**Gold-**  
Barren : Münzen : Schmuck : Zahngold : Bruchgold  
**Silber-**  
Barren : Münzen : Abfälle : Bestecke : Löffel  
**nur**  
Gegr. 1903 Gegr. 1903  
**Metallkontor**  
Berlin SW 65, Alte Jakobstr. 133  
Telephon: Moritzplatz 12 858  
Telegramm-Adresse: Metallkontor Berlin SW 65.  
Eigene Schmelze - Direkte Verwertung.

**Verbandssekretär,**  
möglichst als geschäftlicher Beir-  
ter des Bureau von großer wirt-  
schaftlicher Organisation ge-  
sucht. Erfahrung auf wirt-  
schaftlichem und sozialpoliti-  
schem Gebiet erwünscht. Ange-  
bote an Frz. Grotmann,  
Berlin-Pankow, Brennen-  
straße 44. 22716

**Schallplattenpreiser,**  
gelehrt, werden verlangt. Be-  
zahlung Montag von 9-3 Uhr  
**Oskar-Werke, Bin. Wer-  
ker, Heiderstr. 30/35. 177**

**Schneidgeräten.**  
Tüchtige Meister auf Näh-  
und bündelnde Maschinen  
in Rosenburg das ganze Jahr  
Arbeit auf Werkstätte erhalten.  
**Broders Reddorsen,**  
Kopenhagen, Nytorv 11.

**Zigaretten**  
Ständiges Lager in rein ostpreussischen u. westlichen  
Zigaretten von 200,- an - Lagerbestand lohnend.  
**M. Outmann, Berlin O 27, Alexanderstr. 22.**  
- 9-9 Uhr -

**Selbständige Elektromonteur,**  
dauernde Stellung, so-  
fort gesucht. 129/10  
**Schwartzkopf,**  
Werk Scheringstr. 11/28.

**Svenska Telegrambyrå,**  
Stockholm, Schweden.

**Landgerichtsrat** a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach  
pers. u. s. sprechen Potsdamer Str. 115  
(Lützowstr.) Langjähr. Erfah. Zuverläss. Rechtszustand in  
Ehe-, Alimenten- u. Verträgenstsch., Gesuche, Verträge, Er-  
mittlungen. - Beobachtungen Tel. Lützow 1444

**Kronen, Brücken, Plomben**  
**Zähne in 1 Tag**  
(ca. 100 Ausführungen.)  
Evtl. Zahlungsvereinfachung auch  
für Kassenzugleid.  
Dir. **Koppe's Zahnarzt-Institut**  
1. Magdeburger Straße 28, Ecke Lützowstraße,  
Kurf. 1230, 2. Alexanderstr. 14 b. 3. Kantstr. 49.

**Werkstattschreiber**  
gelehrt. 1143D  
**Dr. Krister Alf. Wes.,**  
Berlin-Ober-Schönweide.

**Reisende**  
sucht Zigarettenlager  
Bergmannstr. 1.

**Aureol Haarfarbe**  
seit 23 Jahren  
anerkannt beste  
**Haarfarbe**  
färbt echt u. natürlich blond,  
brun, schwarz etc. M. E. - Probe 1/2  
**J.F. Schwarzlose Söhne**  
Berlin.  
Markgrafen Str. 26.  
Ersatz erhältlich.

**Damenhüte**  
Garnierinnen für dauernde Beschäftigung bei  
hohen Löhnen sofort gesucht 17/4  
**Siegfried & Max Auerbach,**  
Krausenstr. 31-32.

**Blätterinnen**  
ist und außer dem Hauße für Geld- und Geschenk-  
fragen bei dauernder Beschäftigung, nach  
Felix Jablonka, Herrmannstr. 14, Berlin, 11. 12.

**Lehrfräulein**  
aus guter Familie für Putz-, Detailgeschäft  
in verschiedenen Stadien befragt 90/19  
**Otto Reichelt, Neue Königstr. 37, v. I.**

